



An Herrn  
Bundesminister Hubertus Heil  
Bundesminister für Arbeit und Soziales  
Wilhelmstr. 49  
10117 Berlin

Aktenzeichen:  
19.1-1-1 Isa/Mar

Durchwahl:

Persönliche E-Mail:  
[beirat-mmb@beb-ev.de](mailto:beirat-mmb@beb-ev.de)

Datum:  
28.04.2020

## **Situation von Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung in der Corona-Krise**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Heil,

wir sind froh, dass die sozialen Einrichtungen unter dem Schutzschirm sind. Damit wird es die wichtige Unterstützung für viele Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung weiter geben.

Wir machen uns aber trotzdem große Sorgen wegen der Situation von vielen Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung. Es gibt viele Probleme.

### **1. Finanzielle Situation**

Viele Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung arbeiten in **Werkstätten für Menschen mit Behinderung** oder bei **anderen Anbietern**. Wenn diese wegen den Schließungen die Entgelte nicht mehr bezahlen können, soll es Grundsicherung geben und die 52 Euro von der Arbeitsagentur. Wir sehen große Probleme:

- Viele Menschen müssten Grundsicherung neu beantragen. Viele von ihnen wären überfordert. Und Sie finden jetzt wenig Unterstützung. Sie haben dann vielleicht kein Geld.
- Viele Sozialämter waren schon mit der BTHG-Umstellung total überfordert. Viele von uns warten zum Beispiel immer noch auf die Überweisung vom Geld für die gemeinschaftliche Mittagsversorgung. Jetzt müssten die Sozialämter für die vielen Werkstattbeschäftigten in kurzer Zeit die Grundsicherung neu berechnen und auszahlen. Wir haben Angst, dass viele das Geld nicht rechtzeitig bekommen würden.
- Das Geld würde vielen nicht reichen. Das durchschnittliche Werkstattgehalt liegt über dem Betrag, der dann zur Verfügung stehen soll. Von vielen ist das regelmäßige Entgelt fest verplant, zum Beispiel für Gebühren fürs Internet und Handy-Verträge. Beides ist jetzt besonders wichtig, um im Kontakt mit anderen bleiben zu können. Größere Anschaffungen bezahlen viele mit Raten ab. Die Raten können dann nicht mehr bezahlt werden. Nur sehr wenige können auf Ersparnisse zurückgreifen. Was soll dann passieren? Wir bekommen keine Kredite von der Bank! Das macht viel zusätzliche Angst in dieser Zeit. Gerade für Menschen mit psychischer Erkrankung ist es



besonders schwierig. Auch weil es gerade keine Unterstützung in der bekannten Form gibt.

Damit es die Probleme nicht gibt, ist es wichtig, dass die Entgelte für die Dauer der Krise weiter bezahlt werden. Zumindest in einer gewissen Höhe. Das ist auch bei der Kurzarbeit so. Auch Selbständige und viele andere erhalten unbürokratisch Unterstützung. Das soll auch für Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung möglich sein.

Wir fordern deshalb:

- die unbürokratische Weiterbezahlung vom sonst miterwirtschafteten Entgelt. Vom Betrag, der über die Grundsicherung hinausgeht, sollen in der Krise mindestens 60% oder 67%, wenn man Familie hat, ausbezahlt werden. Und der Betrag soll gesteigert werden wie beim Kurzarbeitergeld. Das Kurzarbeitergeld im arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis soll von der Werkstatt oder dem anderen Anbieter beantragt werden. Dann ist sicher, dass alle das Geld bekommen.
- barrierefreie Informationen, wie man eine Ratenzahlung für die Zeit der Krise einstellt. Nach der Krise darf es nicht passieren, dass die Raten alle auf einmal gezahlt werden müssen. Die Zeit für die Rückzahlung muss verlängert werden.

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen.

Auch viele Menschen mit psychischer Erkrankung, die sonst im **Zuverdienst** arbeiten oder in **Ein-Euro-Jobs**, sind finanziell stark von der Krise betroffen. Das zusätzliche Geld fällt weg.

Auch hier braucht es Lösungen. Auch hier sollen mindestens 60 oder 67% vom sonst erwirtschafteten Geld ausbezahlt werden.

Es gibt wenig Billigangebote in den Supermärkten. Viele Lebensmittel sind teurer geworden. Für Kinder fällt das Mittagessen in der Kita oder Schule weg. Viele Tafeln sind geschlossen. Und man braucht mehr Geld für Desinfektion und Masken.

Diakonie Deutschland fordert, dass die **Grundsicherung** in der Krise um 100 Euro angehoben wird. Das ist richtig und unbedingt notwendig, zum Beispiel auch für den Zugang ins Internet, ohne den viele ganz ausgeschlossen sind. In der Grundsicherung sind für „Nachrichtenübermittlung“ nur 35,31 Euro vorgesehen. Das reicht nicht.

Wir bitten Sie, sich für eine Erhöhung einzusetzen. Und auch für **Zuschüsse zum Kauf von Computern oder Laptops**. Mit der Grundsicherung kann man sich die nicht kaufen.

Dann ist man besonders jetzt ausgeschlossen von ganz vielen Möglichkeiten, zum Beispiel aktuellen barrierefreien Infos, Chat-Rooms, Beratungsangeboten, Kultur.

## 2. Gesundheit

Am allerwichtigsten ist die Gesundheit von allen. Viele Menschen mit Behinderung zählen zur Risikogruppe. In Wohneinrichtungen ist das Virus angekommen. Wir sind darum in großer Sorge um unsere Kolleg\*innen und Mitbewohner\*innen mit Behinderung und die Mitarbeiter\*innen. Auch um die Menschen mit Behinderung, die Unterstützung von ambulanten Diensten bekommen. Es gibt immer noch nicht ausreichend **Schutzausrüstung**. Das ist für viele lebensgefährlich.



Wir bitten Sie, sich dafür stark zu machen, dass es genug sichere Schutzausrüstung ohne zusätzliche Kosten für Menschen mit Behinderung gibt. Und dass betroffene Menschen in den Wohneinrichtungen, Angehörige von der Risikogruppe und Mitarbeiter\*innen schnell getestet und die **Tests** vorrangig untersucht werden.

### 3. Exit für alle

Wichtig bleibt auch in der Krise unser Recht auf Teilhabe. Für Angehörige der Risikogruppen und ihr Umfeld gibt es in der Krise besonders große Einschränkungen. Das **Recht auf Teilhabe** darf aber bei allem wichtigen Schutz nicht auf der Strecke bleiben.

Was gibt es da für Möglichkeiten? Zum Beispiel besondere Hygiene und mehr Abstand bei Fahrdiensten und in öffentlichen Verkehrsmitteln, damit Mobilität möglich bleibt. Maskenpflicht für alle Bürger\*innen, damit das Ansteckungsrisiko geringer wird. Feste Zeiten, in denen bevorzugt Angehörige der Risikogruppe sicher unterwegs sein können. Zum Beispiel in Geschäften. Oder in Parks. Besonders sichere Arbeitsplätze für Angehörige der Risikogruppe, und, wenn das nicht möglich ist, einen besonderen Schutz vor Kündigung. Das sind ein paar Beispiele.

Der schrittweise Exit muss für alle möglich sein. Die Risikogruppe darf nicht vergessen werden. Bei der Planung vom Exit müssen auch Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung beteiligt werden! Wir stehen Ihnen hier gern als Gesprächspartner zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für Ihr bisheriges Engagement und bitten Sie sehr darum, gute Lösungen für die benannten Probleme zu finden.  
Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit vielen Grüßen im Namen des Beirats der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung,

Karsten Isaack  
Vorsitzender des Beirates

#### Nachrichtlich an:

Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen  
Wilfried Oellers, Beauftragter für Menschen mit Behinderung der CDU/CSU-Fraktion  
Angelika Glöckner, Beauftragte für die Belange behinderter Menschen der SPD-Fraktion  
Jens Beeck, Teilhabepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion  
Sören Pellmann, Sprecher für Inklusion und Teilhabe der Fraktion DIE LINKE  
Corinna Ruffer, Sprecherin für Behindertenpolitik und Bürgerangelegenheiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen